

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Hoffe, Haentgen & Bogler, G. L. Daube, Invalidentank, Berlin. Bernh. Arndt, Mar. Gerhardt, Eberfeld. W. Thienes, Greifswald. G. Jüles, Halle a. S. Jul. Bock & Co., Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Fischer, Kopenhagen. Aug. J. Wolff & Co.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Wenn auch alle vom Kriegsschauplatz kommenden Nachrichten mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen, so scheint es doch ziemlich sicher, daß bei zwei vorgestern stattgehabten Gefechten die Spanier siegreich waren. Ueber London wird darüber mitgeteilt: Die amerikanische Kriegsschiffe beschließen seit Mittwoch früh Cienfuegos und verdrängen, acht Boote mit Waffen für die Aufständischen zu landen, wurden aber durch die an der Küste aufgestellten Infanterie zurückgewiesen. Die Spanier hatten vierzehn Verwundete. Die Amerikaner wechselten die Stellung für eine abermalige Beschließung und einen abermaligen Landungsversuch, aber auch an der Stelle vertrieben zwei Bataillone ihre Absicht. Drei große und drei kleine amerikanische Schiffe segeln gestern morgen bei Cardenas ein Boot mit Marinesoldaten aus und bemächtigen sich des Leuchtturms. Darauf führen die Schiffe in die Bucht ein und unternehmen eine heftige Beschließung der Stadt, die nur von zwei Kanonenbooten, einer Kompanie Infanterie und 300 Freiwilligen verteidigt war. Zahlreiche Granaten trafen die Stadt, eine verursachte einen Brand. Ein Kanonenboot ist dienstunfähig. Inzwischen wurde der Landungsversuch zurückgewiesen. Die Amerikaner dampften ab, einer schwer beschädigt. Mariscal Blanco hat den Behörden von Cardenas seinen Glückwunsch gefaßt.

Zu dem Gefecht bei Cardenas wird dem „Vir. Reuter“ weiter gemeldet, daß das Feuer der Batterien und der spanischen Kriegsschiffe sich auf den „Winslow“ konzentrierte, dessen Kessel in die Luft gesprengt wurde. Die Kreuzer „Wilmington“ und „Dudson“ eilten dem „Winslow“ zu Hilfe und alle drei Schiffe zogen sich sodann zurück.

Auf den Philippinen wollten sich die Amerikaner anscheinend doch häufig niedersetzen. Wie aus Washington gemeldet wird, ist Generalmajor Merritt für den Posten des Generalgouverneurs der Inselgruppe bestimmt. Streitkräfte, die ihm zur Verfügung gestellt werden, sollen das 1. Armeekorps bilden. Es wird sich aus 2500 regulären Truppen von der Küste des Stillen Ozeans und Freiwilligen der Staaten Kalifornien, Oregon, Washington, Idaho und Utah zusammenziehen, und hat bereits den Befehl erhalten, sich in San Francisco mit den aus Colorado, Kansas, Missouri, Nebraska und Dakota kommenden Freiwilligen zu vereinigen. Das Korps wird 15 Regimenter Infanterie, 5 Batterien Artillerie und eine Abteilung Kavallerie, insgesamt 15 000 Mann, stark sein. Wegen Mangel an Transportmitteln soll in der nächsten Woche wahrscheinlich nur eine Division abgehen. Daß auf der unglücklichen Inselgruppe alles drunter und drüber geht, ist aus folgender „Reuter“-Mitteilung ersichtlich:

Songloa, 12. Mai. Das englische Kanonenboot „Linnott“ ist hier eingetroffen, nachdem es am Montag Manila verlassen hatte. Das Schiff bringt den Bericht, daß auf den ganzen Philippinen Anarchie herrsche. Admiral Dewey, der nicht im Stande sei, etwas auszurichten, auch wenn die spanische Herrschaft abgeschafft wäre, da die Aufständischen sich jeder Aufsicht entziehen, würde einer großen, mit spezieller Erfahrung ausgerüsteten Macht bedürfen, um die Ordnung im Innern wiederherzustellen. Inzwischen hielten die Spanier immer noch Manila besetzt und weigerten sich, die Stadt zu übergeben. Admiral Dewey zögerte mit der Beschließung der Stadt, da er hoffe, die Unterwerfung durch Anshungen zu erreichen. Die Spanier jedoch hätten das Vertrauen, mit Erfolg widerstehen zu können; sie behaupteten, genügend Lebensmittel für die Garnison zu haben, die außerhalb des Bereiches der amerikanischen Artillerie aufgeschichtet seien. Zwei deutsche Kriegsschiffe, ein französisches und ein japanisches seien vor Manila eingetroffen, ein russisches werde erwartet. Die Bevölkerung leide Hunger und Verwerfung beginne sich der Bewohner zu bemächtigen.

Im englischen Unterhaus erklärte der Attorney-General Webster auf eine Anfrage, es verhohe nicht gegen das Neutralitätsgesetz, wenn ein britischer Unterthan den Kriegsführenden einen Rauffahrtsschiff verkaufe, den der Käufer nur für den stauffahrtsschiff benutze wolle. Jeder Fall werde jedoch gemäß den begleitenden Umständen und gemäß dem Charakter des Schiffes zu entscheiden sein. Die amerikanischen und spanischen Kriegsschiffe seien berechtigt, Schiffe anzuhalten und deren Ladung und Schiffspapiere zu untersuchen zum Zwecke der Feststellung, ob die Schiffe Kriegsschiffe oder als Vord haben. Britische Unterthanen seien berechtigt, Kriegsschiffe in gewöhnlichen stauffahrtsschiff neutralen Häfen zu befordern, selbst dann, wenn deren schließliche Bestimmung für den Gebrauch der Kriegsführenden ist. Natürlich sei solche Kontorbende dem Risiko der Wegnahme und der Verurteilung unterworfen und unter gewissen Umständen auch die Schiffe. Webster weist nichts von bedeutenden Stoffmengen, die nach Spanien ausgeführt würden. Ob die Verschiffung von Kohlen zum Gebrauch an Bord von Kriegsschiffen eine Verletzung der Neutralitätsklärung sei, hänge von den Umständen ab, unter denen sie erfolge. Der Erste Lord des Schatzes Balfour erklärte, die Wirkung des Kriegszustandes auf den britischen Seehandel und speziell auf die Versorgung mit Rohmaterial und Nahrungsmitteln sei eine Frage, deren Wichtigkeit die Regierung anerkenne und der sie ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Regierung glaube nicht, daß die Ernennung einer königlichen Kommission zur Verichterstattung über diesen abgehandelten Teil des verwickelten Problems der nationalen Verteidigung zweckdienlich sei, oder daß der Plan der nationalen Aufseherung von Vordordräthen angenommen werden könne. Der Staatssekretär für Indien Lord Darnley erklärte, die indische Regierung wünsche die Zuckerkonferenz zu beschicken.

Der Dreibund

besteht in unerschütterlicher Festigkeit fort. Das war der für Deutschland interessanteste Punkt aus dem Exposé, das gestern der Minister des Auswärtigen Graf Golowowski im Budget-Ausschuß der Delegationen des Reichsraths in Pest entwickelte. Es wird darüber berichtet: Hinsichtlich der

Beziehungen zu allen Mächten verweist der Minister auf die kaiserlichen Ansprachen an die Delegationen, indem er hinzufügt, dieselben bewährten seinen erfreulichen Charakter, den er in seinen vorjährigen Ausführungen kennzeichnete. Das gelte ebenso von dem Dreibunde, der in seiner unerschütterlichen Festigkeit fortbestehe und beständig bemüht sei, seiner Aufgabe gerecht zu werden, als von dem Verhältnis zu den übrigen befreundeten Mächten und speziell zu England, mit dem Oesterreich-Ungarn anlangend die Aufrechterhaltung der gemeinsamen aufgestellten Grundsatzprinzipien für die Orientpolitik in enger Fühlung verbleibe. Die einigermassen divergierende Auffassung zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett hinsichtlich der Behandlung des freireichlichen Problems und der Opportunität der beschleunigten Lösung der Gouvernanzfrage vermögen daran nichts zu ändern, wie es denn überhaupt nie ausgeschlossen sein kann, daß der größte Uebereinstimmung in der Hauptache zwischen Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Mitarbeitern in einzelnen konkreten Fällen hervortreten, die allmählich auszugleichen dem gegenseitigen guten Willen und dem Entgegenkommen vorbehalten bleiben muß. Sonst käme jede Verständigung nur unbedingt einer Sublimierung der eigenen Auffassung unter die eines Anderen gleich, was wir ebenso wenig von England beantragen, als England von uns. Denn wenn es auch kaum einem Zweifel unterliegt, daß wir und auch England stärker als andere Mächte an den Zuständen im europäischen Orient interessiert sind, kann doch nicht übersehen werden, daß unsere Monarchie als unmittelbarer Nachbar des Balkanbundes gezwungen ist, die dortigen Vorkommnisse mit wünschenswerth noch intensiver Wachsamkeit als England wahrzunehmen und sich doppelte Vorsicht in der Behandlung der einschlägigen Fragen aufzuwerfen.

Das ganze Exposé des Ministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und entspann sich darnach eine Diskussion, welche im Wesentlichen die Ausführungen über den Dreibund betrafte. Der Delegierte Hohenburger (D. W.) erklärte, die Ausführungen des Ministers des Auswärtigen über den Dreibund zeigten zum Theil die Befürchtungen, welche namentlich in deutschen Kreisen wegen der Gefahr des Einklinkens in andere Bünde laut geworden sind. Weder weist auf die Richtung der inneren Politik Oesterreichs sowie darauf hin, daß der Dreibund weder in der österreichischen Kronprovinz, noch in der Kronprovinz, womit der deutsche Kaiser den Reichstag schloß, erwähnt wurde. Da die Vertretung des deutschen Volkes an dem Bestehen des Dreibundes und der tinnigen Freundschaft zum deutschen Reiche das lebhafteste Interesse hat, richtet Redner an den Minister die Frage, ob er genehmigt ist, zum Schutze der polnischen in Preußen Erwerb jugendlichen österreichischen Staatsangehörigen, welche bloß wegen der Nationalität ausgewiesen werden, etwas zu unternehmen. Graf Sürgh (verfassungstreuer Großgrundbesitzer) erklärte, die Deutschen bilden die natürliche und sicherste Stütze des Bündnisses mit dem deutschen Reiche. In dem Momente, wo die Deutschen als politischer Faktor im Innern zurückgedrängt werden, werde auch die innere Sicherheit für die Politik des Dreibundes herabgemindert. Auch die autonomistische Ausgestaltung der Verhältnisse Oesterreichs müßte auf das Bündnisverhältnis zurückwirken. Redner erklärt sodann, daß nur in der Befestigung der Widerprüche zwischen der inneren und äußeren Politik die Möglichkeit liege, auf der gegenwärtigen Basis der auswärtigen Politik weiter zu bauen. Der deutsch-fortschrittliche Abgeordnete Pergelt wünscht, daß die Regierung vor dem Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903 rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen treffe und fragt, ob der Minister des Auswärtigen seinen amtlichen Einfluß geltend machen wolle, damit zwischen der inneren und der auswärtigen Politik eine Uebereinstimmung hergestellt werde. Der Zungeglocke Stramatz hebt hervor, der Dreibund dürfe nicht vom Standpunkt der nationalen Interessen der Deutschen betrachtet werden; der Dreibund sei eine Friedensgarantie und Oesterreich sei eine Friedensmacht par excellence, weshalb ein Einvernehmen mit England als stärkste Friedensgarantie für Oesterreich wünschenswert betrachtet werden müsse. Der christlich-soziale Vgmann beipflichtet die Frage der Ausnützung Oesterreichs und schließt sich bezüglich der auswärtigen Politik den Ausführungen der deutschen Delegierten aus der Oppositionsgruppe an. Prinz Lubowitsch erklärt gegenüber den Ausführungen des Grafen Sürgh, vom Standpunkte der Bundesgenossenschaft im Dreibunde sei es vor allem wünschenswert, daß Oesterreich-Ungarn stark und kräftig sei. Deutschland habe das Bündnis mit Oesterreich nicht deswegen geschlossen, weil dajelbst viele Deutsche leben, sondern der Dreibund sei als eminenter Friedensfaktor begründet; so lange er diesen Zweck erfülle, werde ihm jeder österreichische Patriot zustimmen.

Die italienischen Unruhen

schienen nachzulassen. In Rom und im ganzen Königreiche hält die Ruhe an. Kardinal Prisco, welcher im letzten Konflikt zum Erzbischof von Neapel ernannt wurde, sandte gestern aus Rom an seinen Stellvertreter in Neapel ein Schreiben, in welchem er seinen tiefen Schmerz über die Unruhen ausdrückt und im Namen des religiösen Gefühls jeden bewußt, mitzuwirken zur vollständigen Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. — Die Stadt Mailand hat wieder ihr gewohntes Aussehen angenommen. Der Dienst in allen Verwaltungszweigen geht seinen gewöhnlichen Gang und auch die Schulen werden, wie ein Manifest andeutet, heute wieder geöffnet werden. Es wird immer wahrscheinlicher, daß der revolutionäre Aufstand in

Mailand von anarchistischer Seite vorbereitet war; die Fäden der Verschwörung sollen in England zusammenlaufen und auch die übrigen Strahlen in Italien von dieser Seite herbeigeführt sein. Daß die ganze Bewegung einen anarchistischen Grundzug getragen hat, wurde bereits betont; aber sicherlich ist nur ein Theil der Unruhen auf direkte und planmäßige anarchistische Umtriebe zurückzuführen, ein anderer ist spontan entstanden.

Die von den „Daily News“ in Form einer Depesche aus Neapel veröffentlichte Nachricht, daß am letzten Montag ein Regiment sich geweigert habe, Feuer auf die Aufständischen zu geben, entbehrt jeder Begründung. Die Armee hat überall bewundernswürdige Beweise von Disziplin, Gehorsam, Ausdauer und Festigkeit gegeben. Die Zusammenrottung italienischer Arbeitermassen in der Schweiz, welche eine bedrohliche Bedeutung beigelegt wurde, scheint im Allgemeinen harmloser Natur zu sein und zum Theil darauf zu beruhen, daß die auf Schweizer Boden befindlichen italienischen Arbeiter der militärischen Einberufung Folge leisten.

Aus dem Reiche.

Wie aus Metz berichtet wird, ritt der Kaiser gestern nach der Truppenkaserne bei Frescati um 1 1/2 Uhr an der Spitze der Kaiserin und Stabskapitän durch das Prinz-Friedrich-Karl-Thor nach dem Hause des kommandirenden Generals Grafen v. Daele, wo das Frühstück eingenommen wurde. Zur gleichen Zeit traf die Kaiserin mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise von Urville ein und wurde auf dem Hofhofe von dem Regimentspräsidenten v. Hammerstein empfangen. Die Kaiserin, die überall von dem Publikum lebhaft begrüßt wurde, machte in der Stadt verschiedene Einfälle und fuhr dann nach der Kathedrale zu deren Beschäftigung. Die Kaiserin besichtigte noch die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und des Prinzen Friedrich Karl und legte sodann im offenen Wagen nach Urville zurück. Der Kaiser machte nach dem Frühstück mit dem kommandirenden General Grafen v. Daele eine Rundfahrt, besichtigte ebenfalls die Denkmäler Kaiser Wilhelms I. und des Prinzen Friedrich Karl und nahm die alte Blaubell-Abtei in Augenschein. — Professor Robert Koch, welcher am 8. April von Paris-Salerno abgereist ist, befindet sich gegenwärtig in Italien und zwar in Rom und wird nächste Woche in Berlin eintreffen. Dann wird die Bearbeitung seines umfangreichen wissenschaftlichen Materials erfolgen, welches bereits hier angekommen ist. — Der Kommandeur der fünften Feldartillerie-Brigade Generalmajor Graf v. Heidenthal hat seinen Abschied eingebracht. — Der Generalmajor A. Willebrandt befehligt am 14. d. Mts. den Tag, an dem er vor 60 Jahren in die preussische Armee eingetreten ist. — Der frühere Bürgermeister von Mainz, Direktor der Immobilien-Gesellschaft, Karl Rade ist gestorben. — Der Antisath v. Dieke in Darby hat sein prächtiges Wohnhaus mit Garten aus Anlaß seines vor Kurzem begangenen goldenen Jubiläums als Ehrenbürger der Gemeinde Darby geschenkt. Das Grundstück soll als „Bürgermeisterhaus“ dem jetzigen Stadtoberhaupt zur Wohnung dienen. — In einer Verathung von Vertretern des Handelsministers, der Handelskammer, der Regierung und der Stadt wurde die Nothwendigkeit der Errichtung einer königlichen Wesschule in Barmen anerkannt. Die Errichtung des Ministers ist abzuwarten. — Der Rath der Stadt Leipzig stimmte dem Verkauf des Grundstückes hinter der ersten Gasanstalt zum Preise von über vier Millionen Mark an den preussischen Eisenbahnbau zu. Das Grundstück soll zu einem Güterbahnhof und zu provisorischen Bahnanlagen während des Baues des Leipziger Centralbahnhofes verwendet werden. — Vom Amt eines Gemeindefürsorschen suspendiert wurde nach der „Saaleztg.“ der Ziegeleibefitzer Sonnenmann-Mimendorff, der nachweislich eine Wiese hergegeben hatte, auf der die sozialdemokratische Waiserei stattfand. — Der Braunschweiger Landtag beschloß, die Petition des Landgerichtsraths Rulmann wegen Verweigerung eines Urlasses für politische und soziale Zwecke unberücksichtigt zu lassen. — Dem Landtag von Meiningen ist eine Denkschrift über die Nothwendigkeit einer Reform der Gehaltsverhältnisse der Professoren an der Universität Jena zugegangen. — Die „Freis. Ztg.“ schreibt: Eine Pannpoffenschaft ist auch die in Westfalen in Westpreußen bestehende Neustadt-Bürger-Friedenpoffenschafts-Gesellschaft. Das „Neustädter Kreisbl.“ vom 6. Mai veröffentlicht die Bilanz dieser Gesellschaft. Danach ist das Geschäftsergebn der Mitglieder Null, der Reservefonds ebenfalls Null, dagegen hat die Gesellschaft ein Darlehen aus der Kreispartisse von 17 500 Mark erhalten, und daraus hat sie an Genossen 7981 Mark Borschuß gewährt. Die Pannpoffenschaft der 984 Genossen beläuft sich auf die Gesamtsumme von 1189 Mark. Erst neuerlich soll die Pannpoffenschaft erhöht sein. Im ersten Geschäftsjahre 1896 hatte die Gesellschaft 2888 Mark Verlust, 1897 317 Mark Verlust. Der Jahresumsatz belief sich 1897 auf 365 808 Mark.

Deutschland.

Berlin, 13. Mai. Prinz Adalbert von Preußen, drittelster Sohn des Kaiserpaars, welcher in diesem Sommer einen Kursus auf dem Schiffschule „Sophie“ durchmachen wird, ist dem Patent nach der älteste Unterlieutenant zur See. Sein Dienstantritt datirt vom 31. Mai 1894, das Patent jedoch erst, laut A. N. D., vom 31. Mai 1894, vom 14. Juli 1884, von demselben Tage, an welchem der Prinz das zehnte Lebensjahr vollendete. Als Unterlieutenant wurde der Prinz am 24. Juni durch den Kaiser in Gegenwart der Kaiserin und einer großen Anzahl von Fürstlichkeiten sowie der Admirale der deutschen Marine und einer Anzahl fremdländischer Offiziere, unter denen sich auch der englische Admiral Montagu befand, auf dem Kreuzerhofe der Marine-Kaserne in Kiel eingeführt. Mit dieser Feier war großer Festgottesdienst und Parade verbunden. Am 21. Juni 1895 trat er seinen ersten Dienst als Seeoffizier, indem er bei der Eröffnung des Kaiser-Wilhelms-Kanals bei der von der 1. Matrosen-Division gestellten Ehrenwache eintrat. Am 15. Dezember 1897

begleitete Prinz Adalbert den Kaiser, anlässlich der Abreise des Prinzen Heinrich nach China, nach Kiel. Seitdem der Prinz in der Marine-Karriere geführt wird, sind bereits 75 hinter ihm rangierende Unterlieutenants zur See zu Vizeleutenants zur See befördert worden.

Das Befinden der Kronprinzessin von Schweden ist wieder ein günstiges zu nennen, doch muß sie sich noch sehr schonen, darf keine anstrengenden Spaziergänge unternehmen und vor allen Dingen jeden raschen Temperaturswechsel vermeiden. Sie begibt sich, übrigens nicht ihrer Gesundheit wegen, sondern um die ihr sehr befreundete Kronprinzessin von Oesterreich zu besuchen, nach Vögen.

Das Befinden des Erzherzogs Karl Stefan, der sich in der Behandlung des Prof. Dr. Sonnenburg befindet, ist zufriedenstellend. Wie verlautet, hat es sich um eine Windbarmoperation gehandelt, deren Heilung den Erzherzog längere Zeit an das Bett und an Berlin fesseln dürfte.

Fürst Bismarck begeht in diesem Jahre sein vierzigjähriges Regierungsjubiläum und beide Königinnen-Regentinnen vollenden ihr 40. Lebensjahr, die Königin-Regentin von Spanien am 21. Juli, Königin-Regentin der Niederlande am 2. August, während ihr dreißigstes Lebensjahr der Kaiser von Rußland und der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen zurücklegen; ersterer am 18. Mai, letzterer am 25. November.

Am 24. d. Mts. vollendet die Königin von England ihr 79. Lebensjahr. Sicherem Unternehmern nach wird die Kaiserin Friedrich zu diesem Tage nach England sich begeben, und auch der Herzog Alfred von Sachsen-Koburg dort eintreffen, damit alle Kinder der englischen Königin den Tag mit ihr feiern. Prinzess Heinrich von Preußen weilt mit ihren Söhnen schon auf Schloss Windsor.

Es ist hier darauf hingewiesen worden, daß bei der Veränderung der Chargenbezeichnungen der Sanitäts-Offiziere, was den Titel der bisherigen Offiziersgrade 1. Klasse angeht, ein Unterschied zwischen dem Landheer und der Marine gemacht worden ist. Beim Landheer heißen die bisherigen Offiziersgrade 1. Klasse Oberärzte, bei der Marine aber Oberstabsärzte. Und zwar ist für die Marine der Titel Oberstabsarzt gewährt worden, wie die „Rel. Ztg.“ mittheilt, weil die Bezeichnung Oberarzt für die Marine nicht angeht. In der Flotte versteht man nämlich unter „Oberarzt“ die dienstliche Funktion eines Divisions- oder Geschwadersarztes u. s. w., der seinem Range nach Oberstabsarzt 1. oder 2. Klasse u. s. w. ist. Man sieht, in der Flotte wird die Bezeichnung Oberarzt dem Wortsinn gemäß auf Vorgesetzte in bezugtragender Stellung angewandt. Dieser Brauch stimmt mit dem in der bürgerlichen Krankenhausverwaltung überein. Hier ist dargelegt worden, daß an Krankenhäusern, Kliniken, Irrenheilanstalten gemeinhin den leitenden Ärzten oder ihren Stellvertretern der Titel Oberarzt gegeben wird. Die Bestimmung für die Marine kann als weiteres Zeugniß dafür dienen, daß mit vollem Recht getadelt wurde, daß ganz jungen Militärärzten der Titel Oberarzt gegeben wird.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: wegen Feststellung des Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1898; über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit; betr. die Anordnung, sowie ein zugehöriges Einführungsgefeß; betr. Abänderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, sowie ein Gefeb, betr. Abänderungen der Zivilprozeßordnung, und ein zugehöriges Einführungsgefeß; endlich betr. die Ermächtigung des Reichstages zur Bekanntmachung der Rechte verschiedener Reichsgerichte — in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse: angenommen und eine Reihe vom Reichstage überwiesener Anträge und Petitionen theils dem Reichskanzler, theils den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Vorlage, betr. Vorschläge zur Abänderung einiger Bestimmungen der Vertheilung für die Haupt-eisenbahnen Deutschlands zc., wurde mit der Maßgabe des Inkrafttretens vom 1. Oktober ab die Zustimmung ertheilt. Der Antrag Wadens, betr. die Gewährung der Pofffreiheit für die Dienst-untersuchen der Beamten und Angestellten der auf badiichen Stationen der Eisenbahnstrecke Basel-St. Gallen befindlichen Schweizerischen Grenzpoststellen, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen; ebenso die Vorlagen, betr. die Ausprägung von Kronen und betr. die weitere Umprägung von silbernen Zwanzigpfennigstücken; die Vorschläge des Landesauschusses zu dem Gesetzentwurf für Gesetz-Lothringen, betr. die Kapitalrentensteuer, und der Verzicht der Reichsarchivkommission, betr. die Verwaltung des Schutendwesens des Norddeutschen Bundes bezw. des Reichs und von ihrer Beaufichtigung unterstellten Fonds zc. Bon dem Ausschussbericht, betr. die Denkschrift über die Ausnützung der Anleihegesetze und den Ver-schluß des Reichstags hierzu, wurde Kenntniß genommen und schließend über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Das Kriegsministerium hat nach der „Deutsch. Ztg.“ folgenden Erlass verfaßt: Es liegt Veranlassung vor, die Zuweisung amtlicher Bekanntmachungen an Zeitungen, die politischen Interessen dienen oder solche zu fördern bestrahlt sind, wie z. B. die „Pöfener Zeitung“, nach Möglichkeit einzuschränken. Inmehrdem die Mittheilung von Berichten und Berichten für den erwähnten Zweck nur insoweit zu benutzen, als dies die durch die militärischen oder wirtschaftlichen Interessen gebotene Rücksicht auf ausreichende Verbreitung der jeweiligen Bekanntmachung unabweisbar macht.

Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung beschloß sich mit dem Antrag, daß die Konsumvereine, Waarenhäuser und Großhändler mit einer erhöhten Gewerbesteuer beziehungsweise Umsatzsteuer belegt werden sollen. Rämmerer führte in längerer Rede die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diesen Gegenstand vor und schloß mit dem Ansprache, daß er bereitwillig der Sache näher treten werde, falls die Definition von Vagor und Waarenhaus dies nach dem Kommunalabgabengesetz ihm ermöglige. Die Debatte wurde hierauf vertagt.

Dem Lehrer Billig in Würzburg, einem persönlich tadellos, hervorragend berufenen Schulmann, der als einer der tüchtigsten Me-

Maßregelung widerfahren, wie sie in der Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes wohl einzig dasthet. Die grundsätzliche Seite der Maßregelung wurde in der oben erwähnten Schrift: „Schicksal der Reichsuniversität der Volksschullehrer und der Schulbureaukrasimus“ (Leipzig, Hahn) dargestellt. Der Lehrer Billig wurde wegen seiner Ueberzeugung bestraft. Nachdem er auf eine Aufforderung der Behörde, seine pädagogische und methodischen Grundsätze „binnen acht Tagen“ abzugeben, standhaft blieb, wurde er auf das Gutachten eines Schulbeamten hin wegen des „Lehrerfolges“ diszipliniert und durch Gehaltsentziehungen von bis heute 500 Mark gestraft. Im Gegenatz zum bayerischen Kultusministerium, das dem Magistrat Würzburg schon im Dezember anheimstellte, die drakonische Strafe aufzuheben, im Gegenatz zu der ausdrücklichen Mißbilligung des Kultusministers v. Landmann in den jüngsten Kammerverhandlungen, läßt der Magistrat Würzburg den Gehaltsentzug weiterhin bestehen, so daß es also möglich ist, daß ein von der Behörde als „höchst pfliglicher“ anerkannter Lehrer wegen einer einzigen Schulprüfung mit Tausenden von Mark gestraft werden kann.

Ein Organ für die „Geistes der Nation“ unternimmt es, das monarchische Ansehen zu retten, das in Deutschland untergraben sein soll. Diese Untergrabung, von der die Öffentlichkeit bisher nichts gewußt hat, ist auf besondere Weise vor sich gegangen. Im vorigen Jahre verbot, wie erinnert, der Herzog-Regent von Mecklenburg das Taubenschützen in Heiligen-damm, da dieser große Unruhe die allgemeine Entrüstung erregt hatte. Das Verbot hatte unter den „Geistes“, die dieser Thierquälerei oblagen, gewaltige Entrüstung erregt, die sich jedoch allmählich legte. Jetzt aber naht die Zeit wieder, wo der blutige Sport zu beginnen pflegt, und schon regt sich die jenseitige Entrüstung in kräftiger Weise. Das Sportblatt „Deutschlands Sport“ macht sich zum Anwalt der trauernden Taubenschützen und fordert gebieterisch die Aufhebung des Verbots. Das Blatt begründet die Forderung einmal mit der Schädigung des Besitzers von Heiligen-damm, denn er muß nun sehen, wie die beste Gesellschaft dem Bade und dem Lande den Rücken kehrt. „Welch“ undankbares Vaterland, das so seine „beste Gesellschaft“ verkennt! Aber nicht nur der Besitzer von Heiligen-damm, nein auch der monarchische Gedanke wird durch das Verbot des Taubenschützen geschädigt! Das Verbot, so erklärt das Sportblatt, ist eine Verletzung der dynastischen Pflicht, da der verordnete Großherzog es gebilligt, ja, daran Theil genommen habe. Durch das Verbot sei mithin dem verstorbenen Landesfürsten nicht nur eine schwere „Kränkung“, eine „posthume Schmachung“ zugefügt, sondern es sei dadurch auch das „monarchische Ansehen untergraben“ und „der Sache der Monarchie unberechenbarer Schaden“ zugefügt worden. Es heißt dann weiter in dem höchsten Grauß des in seinen heiligsten Gefühlen getränkten Taubenschützen:

„Es handelt sich um einen Sport in idealer Gestalt, um eine Betätigung sportlicher Fertigkeiten, die zu entwickeln und zu vervollkommen nicht die niedrigste Aufgabe der Regierungen wäre. Gebietet allein ist den sozialdemokratischen und ähnlich gesinnten Blättern, die sich ins Fünftausende lachen, daß dem verstorbenen Junkerthum und dem monarchischen Prestige etwas aus-gewiesen worden. Gebietet allein ist den Blän-lichen einer Schullehrerwitwe, deren widerholte Petitionen der hochselige Großherzog, um die un-geliebte Sentimentalität derselben zu geisteln, mit Aufhebung eines neuen Grenzpreises und dem Befehl der Bekanntmachung zu beantworten pflegte. Gebietet man noch vielen der Schul-lehrerwitwe verarmten Seelen sein. Ob diese Gewinne die Einbuße an moralischen Gütern und Werthen aufwiegen, das mag dem Urtheile unbefangener, monarchisch gesinnter, dem Sport und Waidwerk ergebener Leser überlassen bleiben.“

Zur Rettung des monarchischen Gedankens giebt es dem Blatte zufolge nur einen Weg: „Die Augen sämtlicher Taubenschützen sind deshalb mit Interesse auf den Zeitpunkt gerichtet, wo Seine königliche Hoheit, der gegenwärtige Großherzog, zur Regierung gelangt sein wird.“

So geht ein Organ derer, welche die monarchische Gefinnung in ganz besondere Ehracht genommen zu haben glauben, gegen den Herzog-Regenten vor, lediglich weil er eine allgemein vertheilte Thierquälerei verboten hat. Und der König absolut, wenn er mitem Willen thut! Das gilt im Kleinen wie im Großen.

Schweden und Norwegen.

Mit den Denunziationen des Herrn Björn-ferne Björnson gegen Schweden in der russischen Regierungspresse hat sich vorgestern die schwedische Erste Kammer beschäftigt. Der Geschichtsschreiber Professor Alin legte die mehrerwähnten Artikel des norwegischen Poeten in den „St. Peters-burger Mededelt“ u. s. w. vor und fragte, ob die schwedische Regierung gegen diese systematische Verleumdung ihrer Absichten gegenüber Rußland nicht etwas thun könne? Justizminister Amlerstedt erwiderte, daß dafür keine rechtliche Grundlage zu finden sei, und der auswärtige Minister Graf Douglas sprach geringfügig über die Wirkung von dergleichen bombastischen Schreibern. Damit wird sich der Minister wohl neue Angriffe aus Christiania zuziehen. Hätte er die Björnson'schen Angriffe tragisch genommen, so würde ihm das freilich als Ge-hässigkeit ausgelegt worden sein; die jetzt von ihm bewiesene realistische Auffassung des Zwischen-falles aber wird man ihm in Norwegen noch mehr verzeihen. Dort können die Schweden Nie-manden etwas recht machen.

Die Nichtbestätigung Dr. Scipio's

war Gegenstand einer Diskussion der Kreisynode Friedrich-Werder in Berlin. Gemeinheitsdirektor A. D. Schrader (Vorhänger des kirchlichen-beral. Zentralvereins von Berlin) brachte die Nichtbestätigung des Predigers Scipio aus Stettin als 2. Geistlicher der Dorotheenstädtischen Gemeinde zur Sprache. Der Oberkirchen-rath habe nicht den Standpunkt des Konfessions-geheils, das die Bestätigung aus Rücksicht auf die Glaubensstellung verweigert, sondern habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Predigt

